

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 7600.—
in den Postämtern 7800.—
durch Zeitungsboten 8000.—
am Postamt 8500.—
ins Ausland 10000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.
Fernsprecher:
2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tagesblatt Posen.
Postfachkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint
an allen Werktagen.
Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalt
Polens 160.— M.
Reklameteil 480.— M.
Für Aufträge
aus Deutschland
Millimeterzeile im Anzeigenteil 160.— p. M.
Reklameteil 480.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Sprache der Verteidigung.

Die am 22. März im Sejm gehaltene Rede des Abgeordneten Daczko zu der Gesetzesvorlage über die Amtssprache bei den Gerichten im ehemals preussischen Teilgebiet lautet:

Hohes Haus! Das Gesetz über die Amtssprache bei den Gerichten und Notariaten in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen hat für die deutsche Minderheit eine große Bedeutung. Nach der Einführung dieses Gesetzes werden etwa 20 Rechtsanwälte deutscher Nationalität zur Niederlegung ihrer Ämter gezwungen sein. Infolge ihres vorgerückten Lebensalters konnten sie die polnische Sprache nicht mehr erlernen. Die Richter deutscher Nationalität aus dem ehemals preussischen Teilgebiet verließen Polen schon im Jahre 1920. Ein kleiner Teil von Rechtsanwälten blieb in Polen. Aus der Proklamation des Obersten Volksrates in Posen vom 30. Juni 1920 durften sie die Gewissheit schöpfen, in Polen bleiben zu dürfen und ihre Praxis an den Orten auszuüben, in welchen sie während ihres langen Lebens fruchtbare Arbeit geleistet hatten. Sie befinden sich jetzt in einer sehr traurigen Lage. Ihre Ersparnisse, selbst wenn sie Millionen betragen, reichen infolge des niedrigen Standes der Wärla zu ihrem Unterhalt nicht aus. Ich möchte die Aufmerksamkeit des hohen Hauses darauf lenken, daß durch den Rücktritt dieser Anwälte auch der polnische Staat Schaden erleidet. In dem ehemals preussischen Teilgebiet sind die früheren preussischen Gesetze noch in Kraft. Eine Veränderung in dieser Richtung kann nur durch Einführung allgemeiner Gesetze zur Organisation des Gerichtswesens erfolgen. In Posen und Pommerellen gibt es keine ausreichende Zahl von Richtern, Notaren und Anwälten, welche genau die deutschen Gesetze kennen, was uns der Herr Justizminister auch bestätigen wird. Die Zahl der Advokaten und Notare ist zu klein. Wie mir bekannt ist, sind bei den Kreisgerichten in Gersz, Landsburg, Zempelburg und Culm überhaupt keine Rechtsanwälte vorhanden und bei dem Bezirksgericht, selbst beim Appellationsgericht in Thorn ist ihre Zahl sehr klein. Welche Schwierigkeiten durch das Fehlen von Rechtsanwälten und Notaren im Gerichtswesen entstanden sind, ist uns aus dem früheren Sejm durch die lex Gram-Gzell bekannt geworden. Durch die weitere Entfernung von Advokaten, welche die früheren deutschen Gesetze genau kennen, werden die Schwierigkeiten noch größer werden.

Den größten Schaden jedoch erleidet durch die Einführung dieses Sprachengesetzes die deutsche Bevölkerung. Die Amtssprache vor Gericht war auch jetzt schon in der Hauptsache die polnische. Wenn auch die Gerichtsverhandlungen für die deutsche Minderheit sich in deutscher Sprache vollzogen, so wurden die Ausfertigungen der Urteile und Begründungen nur in polnischer Sprache gemacht. Der deutschen Bevölkerung hand das Recht zu, sich einen Verteidiger anzuschauen, der sie in deutscher Sprache nach den Grundrissen der uns im Friedensvertrage zugesicherten Erleichterungen vor Gericht vertrete. Mit Benutzung haben wir festgestellt, daß der eingebrachte Gesetzesentwurf in Art. 3-6 uns Erleichterungen gewährt. Meine Herren! Bewilligen Sie uns auch weitere Erleichterungen vor Gericht. Geben Sie den deutschen Parteien das Recht, sich in der Übergangszeit der Muttersprache zu bedienen, ebenso ihnen die Verteidigung durch Rechtsanwälte in dieser Sprache zu lassen. Schon gegenwärtig kommen Fälle vor, daß sich deutsche Parteien infolge Mangels von Rechtsanwälten nicht verteidigen lassen können, weil sie keine Verteidiger finden. Rechtsanwälte polnischer Nationalität lehnen zum Teil die Verteidigung deutscher Parteien aus politischen Gründen ab. Falls sie die Vertretung deutscher Parteien vor Gericht annehmen, so verlangen sie einen so hohen Vorschuß, den niemand bezahlen kann. Es sind uns in einem Falle 120 Millionen genannt. Wir können natürlich die Verteidigung in deutscher Sprache nicht fordern, falls der Richter die deutsche Sprache nicht beherrscht. Ebenso wird es schwierig sein, die Verhandlungen deutsch zu führen, wenn die Gegenpartei die deutsche Sprache auch nicht kennt.

Mit Rücksicht auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir zu dem Art. 1 folgenden Zusatz:

„Im Einverständnis mit dem Gericht — in Zivilsachen auch im Einverständnis mit der Gegenpartei und in Strafsachen im Einverständnis mit dem Staatsanwalt — können die Rechtsanwälte in den mündlichen Verhandlungen sich der deutschen Sprache bedienen.“

Der Verbesserungsantrag wurde abgelehnt.

Neue Angriffe auf den Abgeordneten Klinka

Der Sejmabgeordnete Domherr Klinka nahm am Sonntag, den 17. und am Sonntag, den 18. März, zusammen mit dem Abg. Somschor an Beratungen mit galizischen Deutschen in Lemberg teil. Da in den gleichen Tagen in Lemberg Beratungen der Ukrainer stattfanden, wurde von polnischer Seite gegen den Abg. Klinka der „Vorwurf“ erhoben, er hätte an diesen Beratungen teilgenommen, und diese Behauptung wird trotz des Widerspruches des Angegriffenen aufrecht erhalten. Der „Dziennik Posen“ schreibt in seiner Sonntagsnummer (Nr. 69):

„Es ist allgemein bekannt, daß es in Lemberg nicht soziale Deutsche gibt, daß die deutschen Abgeordneten es für nötig halten könnten, mit ihnen besondere Beratungen abzuhalten, und zwar zu derselben Zeit, für die der Abg. Luckiewicz die ukrainischen Führer zu einer Besprechung nach Lemberg berief. Außerdem sind die wenigen Deutschen Lembergs fast ausschließlich evangelischen Bekenntnisses, — daher wäre die Teilnahme des katholischen Priesters Klinka an solchen Beratungen auch überaus bezeichnend.“

Überaus bezeichnend ist nicht die Teilnahme des katholischen Priesters Klinka an „solchen“ Beratungen, sondern die Tatsache, daß die Frage der Konfession überhaupt aufgeworfen wird, wenn ein deutscher Sejmabgeordneter mit polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität Beratungen abhält. Wird durch die Teilnahme des Sejmabg. und Domherrn Klinka an „solchen“ Beratungen sein Katholizismus und das Ansehen des geistlichen Standes, dem er angehört, irgendwie verletzt? Und wie viele Deutschen müßten vorhanden sein, damit die deutschen Abgeordneten — nach Ansicht des „Dziennik

Bozn.“ — es für nötig halten könnten, mit ihnen besondere Beratungen abzuhalten, — besonders in einer politisch so bewegten Zeit, die alle Fraktionen und Gruppen zu besonderen Beratungen zwingt (darunter auch die Ukrainer, den Nationalen Volksverband, die Piasten, die Wyzwoleniegruppe usw.)?

Der „Dziennik Posen“ läßt besser, den deutschen Sejmabgeordneten selbst die Entscheidung darüber zu überlassen, wo und mit wem sie beraten wollen, und nicht mit solchen ganz und gar unsachlichen Argumenten die Stimmung zu vergiften.

Die Lage in Deutschland.

Die Kosten der Rheinlandbesetzung.

Bei Beginn der Reichstagsberatung am Sonnabend vormittag erläuterte der Reichsschatzminister Dr. Albert die dem Hause vorgelegte Denkschrift über die Kosten der Rheinlandbesetzung. Er sagte:

„Die Besatzungskosten haben Ende 1922 rund 4,5 Milliarden Goldmark

betrugen, ungerchnet der Kosten für die Besetzung des sogenannten Sanktionsgebietes und für die alliierten Kontrollkommissionen. Diese Summe ist wichtig nicht nur im Zusammenhang mit unseren Reparationspflichten, indem man sich vergegenwärtigt, wie viel produktiver diese enormen Beträge auch zugunsten unserer Gläubiger hätten verwendet werden können. Damit hätte der Wiederaufbau Frankreichs in weitem Umfange finanziert werden können. In den letzten vier Jahren vor dem Kriege zusammen betrugen die Ausgaben des Reiches für seine gesamte Wehrmacht, für Meer und Flotte 3,75 Milliarden Mark. Um rund 4 Milliarden Goldmark übersteigt also die Summe für die Besetzung diese Ausgaben des Deutschen Reiches.

Die Ursache dieser gewaltigen Ausgaben wird klar, wenn man sich die

Befatzungsstärke

vergegenwärtigt. Nach dem Wortlaut und Sinn des Friedensvertrages und des Rheinlandabkommens war die Belegungsfähigkeit für die Besetzung ins Auge gefaßt worden. An Stelle der ehemaligen deutschen Besatzung mit 70 000 Köpfen in 28 Orten waren im September 1921 in den Rheinlanden 220 Orte mit 145 000 Mann belegt. Das ist nicht nur das Doppelte der deutschen Friedensbesatzung, sondern geht auch noch über die Zahl hinaus, die die alliierten Regierungen selbst im Herbst 1921 durch ein besonderes Finanzabkommen festgelegt haben. In diesem Abkommen, das der deutschen Regierung amtlich notifiziert worden ist, ist die Stärke der einzelnen Besatzungsarmeen für die französische Armee auf 90 000, für die belgische auf 19 000 Mann festgesetzt worden. Und doch sind auch diese Zahlen wieder von der französischen Armee um rund 12 000, von der belgischen Armee um rund 10 000 überschritten worden, — immer wieder abgesehen von den Truppen, die in das sogenannte „Sanktionsgebiet“ gesandt wurden.

Dieser starken Belegung entspricht der Umfang der Inanspruchnahme Deutschlands. Es werden Einrichtungen verlangt, die weder im Rheinlandabkommen noch in dem Vertrag von Versailles vorgesehen sind. Außer den 32 deutschen Schießgeländen und Exerzierplätzen sind 64 neue Anlagen dieser Art von Deutschland zu erwirken. Außerdem sind bereits vorhandene sieben Flugplätze hergerichtet worden. Nur streifen wir ich die von den Franzosen geforderte Einrichtung von Bordellen, die teilweise in die kleinsten Landstädchen gelegt worden sind. Seit Beginn der Besetzung sind von den Besatzungsarmee in 61 Orten des allbestehenden Gebietes 250 Fabrikanlagen beschlagnahmt worden.

Ein Wort muß ich hinzufügen über die Einquartierungslasten. Geradezu unerträglich jedoch werden diese Lasten durch die Auslegung, die von französischer und belgischer Seite den Einquartierungsbestimmungen gegeben wird. Während nach Art. 8 des Rheinlandabkommens die zur Zeit der Unterzeichnung des Abkommens bei jeder einzelnen Armee in Kraft befindlichen Einquartierungsbestimmungen maßgebend sein sollen, hat die französische Armee für sich das Recht in Anspruch genommen, diese Bestimmungen jederzeit und nach Belieben zu ändern. Als Gesamtbild ergibt sich, daß Ende 1922 außer den vorhandenen Kasernen und außer den neu errichteten Kasernen insgesamt 15 000 Wohnungen mit 37 000 Zimmern, außerdem noch weitere 10 000 Zimmer beschlagnahmt waren.

Endlich ist zu erwähnen der Ausbau der französischen und belgischen Abteilungen der Rheinlandkommission und des Delegiertenausschusses in der französischen Zone. Statt der vertraglich vorgesehenen vier Mitglieder der Rheinlandkommission bewegte sich bereits im September 1922 die Zahl der Beamten der französischen Abteilung der Rheinlandkommission zwischen 65 und 70, die der belgischen Abteilung betrug rund 20. Rechnet man hierzu die übrigen Beamten und insbesondere das in der französischen Zone planmäßig und stark ausgebaute Delegiertenbureau, mit dem die ganze Rheinlande zu offenförmig politischen Zwecken wie mit einem Netz systematisch überzogen sind, so ergibt sich ein Gesamtpersonal, das sich bereits im September 1920 auf rund 1300 Köpfe belief. Die Kosten der Unterbringung dieser Beamten lassen sich nur schätzen, denn die Kommission hat es bisher abgelehnt, Angaben über ihre Verwendung zu machen. Immerhin steht fest, daß im Jahre 1922 für die französische Abteilung 1,9 Milliarden gezahlt worden sind.

Die Entmilitarisierung des Rheinlandes.

Die Gruppe Lloyd Georges wird, wie die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet, dem Unterhause einen Plan vorgelegen, der die Entmilitarisierung des Rheinlandes vorseht. Lloyd George wird eine Rede über die Ruhrbesetzung halten und im Parlament den Plan Geors begründen. Dieser Plan schlägt die Entmilitarisierung des Rheinlandes und die Besetzung dieses Gebietes durch Gendarmen vor, die einer Völkervermittlung unterstellt werden soll.

Kommt eine Amnestie?

Der Ministerpräsident General Sikorski richtete an den Sejmarschall ein Schreiben, in welchem er aus Anlaß der Festsetzung der Ostgrenzen Polens eine Gesetzesvorlage für eine Amnestie zur Annahme empfiehlt. Nach dem Projekt soll Straferlaß für politische oder religiöse Vergehen erfolgen, ausgenommen Vergehen durch vorsätzliche Tötung, schwere Körperverletzung oder boshafte Schädigung fremden Eigentums, ebenso Vergehen, die den Sturz der Staatlichkeit, die Hervorrufung eines politischen Umsturzes, Spionage usw. betreffen. Über Einzelfälle, die im Auslande befindliche Personen betreffen, behält sich der Ministerrat die Entscheidung vor.

Die Ernährungslage in Deutschland.

Die Beratung über den Haushaltsplan des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gab am Freitag dem Reichsernährungsminister Dr. Luther

Anlaß zu folgender Ansprache:

„In der Ernährungsfrage sind wir in einen Zustand hineingeraten, der einer chronischen Krankheit ähnelt! Die Ernährungsgrundlage ist nicht mehr so, wie sie sein müßte, um unser ganzes Volk zu ernähren. Auf dem Lande hat sich der Konsum an Fett und Milch kaum wesentlich geändert, desto mehr in den Städten. Das Fehlen der Kaufkraft hindert weite Volkskreise, die wenigstens im Ausland vorhandenen Lebensmittel zu erwerben. Die Brotversorgung ist jedoch bis tief in den Sommer hinein gesichert. Im großen und ganzen ist auch die Ernährung im Einbruchgebiet gesichert. (Beifall.) Eine willkommene Hilfe war dabei die Spende der deutschen Landwirtschaft, die aus ehrlichem und vaterländischem Herzen gegeben wurde. (Auf links: Durch Wucher wieder eingebracht! (Applaus rechts.) Ferner die Mittel der allgemeinen Volksspende und die Hilfe des Roten Kreuzes besonders in der Milchfrage. (Beifall.) Das Grundübel unserer Krankheit ist der Friede von Versailles, der kein Friede war. Ein Allheilmittel gegen diese Not kenne auch ich nicht. (Lärm links und Heiterkeit.) Ob Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft, kommt auf den praktischen Fall an. (Lärm links.) Zwischenrufe besonders des Abg. Ledebour, welcher wiederholt ruft: Lauter Redensarten! Zurufe rechts. (Lärm des Präsidenten.) Die Einfuhr aus dem Auslande ist eine reine Währungsfrage. Die Zuderpreise würde ich gern herabschauen. Aber der Auslandszuderpreis ist beinahe doppelt so hoch. Wir müssen an die Zukunft denken und an eine hinlängliche, inländische Zuderernte. Sollte die Zuderanbaufläche so zurückgehen, daß wir die Bevölkerung nicht mehr mit Zuder genügend versorgen könnten, dann müßten wir zur Zwangswirtschaft zurückkehren. Grundsätzlich ist die Regierung für die freie Zuderwirtschaft.

Die Getreidewirtschaft befragt die Regierung als das Wichtigste. Der sozialdemokratische Antrag auf Austausch von Umlagegetreide gegen Stickstoff will das Getreide verbilligen. Das wollen wir auch. Bei der Stabilisierung der Mark sind aber die Stickstoffpreise gestiegen und dürften sich sehr bald nicht wieder senken. Die Tonne Roggen, gekauft auf dem Umweg über Stickstoff, wäre dann teurer, als direkt gekauft. Ferner müßten wir noch Stickstoffpreise mehr einführen. Der Stickstoff muß auch den Landwirten zugeführt werden, die ihn am besten verwenden, und darf nicht wahllos verteilt werden. Auf solche unsichere Grundlage die Brotversorgung des nächsten Jahres zu stellen, ist unmöglich. Die Stabilisierung der Mark ist heute eine Tatsache. Der Umlagegetreidegedanke ist verbracht. Mit Aussicht auf Erfolg kann er nicht wiederholt werden. Seine innere Ungerechtigkeit wirkt sich bei schlechten Ernten usw. aus.“

Aus dem Besatzungsgebiet.

Französische Raubzüge in die englische Besatzungszone. Die Franzosen unternehmen seit einigen Tagen Streifzüge in das britisch besetzte Gebiet. Von Kronenberg drangen sie in Stärke von etwa 1500—1800 Mann bis nach Södingen, einem Vorort von Solingen, vor und beschlagnahmten dort in einem Fabrikhause ein Auto mit Briketts und ein weiteres mit Gütern. Sie nahmen dann beide mit nach Bohlwinkel. Durch Vermittlung der Engländer gelang es, das Brikettauto wieder frei zu bekommen, während über das Schicksal des anderen Kraftwagens noch nähere Nachrichten fehlen. In ähnlicher Weise gingen französische Soldaten ohne Begleitung von Offizieren über Kruse bis auf Solinger Gebiet vor und bemächtigten sich in einem Schuppen eines Autohändlers eines Kraftwagens und eines Motorrades. Auch hier gelang es durch die Inanspruchnahme der britischen Behörden den Personenwagen frei zu bekommen. Mit diesen Übergriffen von französischen Soldaten und durch die dabei geschaffene Unsicherheit des Privat Eigentums ist die Stimmung des Bezirkes außerordentlich gereizt.

Unmittelbare Verhandlungen.

Der Berliner Korrespondent der „Daily Chronicle“ schreibt, er könne versichern, daß die Mission Lord d'Alberrons in Berlin darin besteht, den englischen Ministerpräsidenten über die Bedingungen zu unterrichten, unter welchen die deutsche Regierung bereit wäre, unmittelbare Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über die Reparationsfrage und den Ruhrkonflikt anzuknüpfen. Der Korrespondent fügt hinzu, daß die deutsche Regierung, ohne besondere Vorschläge zu machen, eine Aussprache auf der Grundlage des Planes anzuknüpfen wünsche, den sie der Pariser Kommission zu unterbreiten beabsichtigt.

Polnisches.

Die letzte Sejm-Sitzung

Der Sejm hat am Sonnabend, dem 24. März, stattgefunden. Die nächste Sitzung ist auf den 12. April angesetzt.

Der Senat

hat am Sonnabend, dem 24. März, seine vorletzte Sitzung vor dem Feste abgehalten. Die letzte Sitzung findet am Dienstag, dem 27. März, statt. Nach dem Feste tritt der Senat am 16. April zum ersten Mal zusammen.

Verhaftung eines Kommunisten.

In Warschau wurde der Kommunist Henryk Rutkowski für Verbreitung kommunistischer Aufrufe verhaftet.

Die Progression in der Grund- und Bodensteuer.

Der Unterausschuss des Sejmfinanzausschusses hat mit den Stimmen der Polen, der Wyzwolenigruppe und der Juden den Grundsatz der Progression in der Grund- und Bodensteuer angenommen.

„Ist das wahr?“

fragt der „Kurjer Bozn.“ (Depeche Poranny), indem er folgende eigene Berliner Meldung veröffentlicht: „Nach Gerüchten, die aus Rom kommen, hat Minister Skrzyski einen Vertrag unterschrieben, durch den die größten und besten Kohlengruben in Oberschlesien mit einer Jahresförderung von einer Million Tonnen Kohlen einem internationalen Syndikat übergeben werden.“

Herabsetzung der Kohlensteuer.

Von unterrichteter Seite erfährt das Polnische Bureau, daß die Kohlensteuer ab 1. April d. Js. wahrscheinlich um ein Viertel herabgesetzt werden wird, und daß außerdem die Kohlenhandeln des unbesetzten Deutschland auch den eigentlichen Kohlenpreis etwas zu senken. Der Reichskohlenverband hat seine Mitglieder zur Beibehaltung hierüber auf Dienstag, 27. d. Mts., eingeladen.

Um die Verbilligung des Brotgetreides.

Die Regierung beabsichtigt, monatlich ungefähr 100 Waggons Weizen an Lebensmittellieferanten abzugeben, um auf diese Weise zur Verbilligung der Brotpreise beizutragen.

Eine neue Sejmfraktion.

Der Abg. Gippolyt Sliwinski hat den Antrag gestellt auf Verbilligung eines neuen Sejmklubs, der die Bezeichnung führen soll „Polskie stronnictwo ludowe — Lewica (Stapinczycki)“. Der neuen Fraktion gehören vorläufig außer dem Antragsteller zwei Bauern an (Wielowski und Krupa).

Die neue Agrarreform.

Demnächst soll dem Ministerrat ein Entwurf für ein neues Agrarreformgesetz zugehen. Aufgeteilt werden vor allem Staatsgüter, Domänen und Krongüter der früheren Teilgebietsmächte. Dem zwangsweisen Austausch werden schlecht bewirtschaftete Güter von mehr als 45 Hektar anheimfallen. Güter von mehr als 30 Hektar, die an der Peripherie der Städte liegen, zwecks Ausbau der Städte, und Güter von mehr als 60 Hektar in Industriegebieten. Sonst können in ganz Polen Besitzungen von mehr als 180 Hektar, in Ostgalizien, im ehemals preussischen Teilgebiet, in den Domanen und im Wilnaer Gebiet solche von mehr als 400 Hektar enteignet werden. Die Frage der Güter der Toten Hand ist mit Rücksicht auf die stattfindenden Verhandlungen über das Konkordat noch nicht endgültig entschieden worden.

Eine Interpellation über das Gerichtsverfahren gegen katholische Geistliche in Russland.

Der Nationale Volksverband hat beim Ministerrat, dem Außenminister eine Interpellation in Sachen des Sieplaprozesses in Moskau eingebracht. Da den 15 angeklagten katholischen Geistlichen die Todesstrafe droht, wird die Regierung gefragt, was sie zur Befreiung der Angeklagten getan hat.

Um das Nationalmuseum in Rapperswil.

Kürzlich hatte die Abg. Sokolnicka die Regierung in Sachen des Museums in Rapperswil interpelliert. Sie hat von der Regierung die Zusicherung erhalten, daß das Museum in Rapperswil unter dem Schutz des polnischen Konsuls in Bern bleibt. Die Museumsverwaltung behält im Bande dieselbe Zusammensetzung.

Eine japanische Spende für polnische Kinder.

Die polnische Gesandtschaft in Tokio hat zu Händen des Außenministers 5456 Yen 98 Sen gesandt. In dieser Summe befinden sich Spenden der japanischen Kaiserin und des japanischen Roten Kreuzes. Die Spenden sind für die polnischen Kinder bestimmt, die im vorigen Jahre nach Polen transportiert worden sind.

Goldanleihe und Rott-Schafschneide.

Am 1. April läuft der mehrmals verlängerte Termin für die Schließung der Rechnungen für die 8%ige Goldanleihe ab. Die

Goldanleihe wird in den ersten Apriltagen durch die 6%igen Rott-Schafschneide ersetzt werden, deren Muster bereits dem Finanzministerium zur Bestätigung vorgelegt worden ist.

Von den Eisenbahntarifen.

Der „Przeglad Wicjorny“ meldet, daß das Eisenbahnministerium beschlossen hat, den Personentarif wenigstens bis zum 1. Mai unverändert zu lassen, den Gütertarif aber vom 15. April ab zu erhöhen.

Das Krankenhauswesen in Polen.

Ende voriger Woche sprach beim Finanzminister eine Delegation vor, die sich aus dem Senator Dr. Golewski, dem Abg. Dr. Dabrowski, dem Abg. Dr. Kalkowski und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Sanitätsfragen, Dr. Weinzierl, zusammensetzte. Die Delegation schloß dem Minister die beklagenswerte Sanitätslage des Staates, besonders auf dem Gebiete des Spitalwesens. Sie bat, vor allem den Selbstverwaltungskrankenhäusern sofortige Hilfe zu bringen. Außerdem wandten sich die Delegierten an den Finanzminister mit dem Vorschlag, eine Sanitätssteuer zu erheben. Der Minister erklärte, daß er im Einvernehmen mit dem Gesundheitsminister den Auftrag erteilen werde, das betreffende Material vorzubereiten. Was die Nothilfe betrifft, so versprach der Minister, diese Frage wohlwollend zu prüfen und im Bedarfsfalle weiter Kredite für Spitalzwecke zu gewähren.

Verbot der „Danziger Ztg.“ in Warschau.

Wie aus Warschau gemeldet wird, wurde der „Danz. Ztg.“ das Postrecht entzogen. Den Anlaß soll ein Aufsatz bilden, der sich mit der polnischen Armee beschäftigte.

Der einseitige Ruhrkrieg.

Eine Ruhrinterpellation in Holland.

In der holländischen Zweiten Kammer stand am Donnerstag der vorigen Woche die sozialdemokratische Ruhrinterpellation auf der Tagesordnung. Der Sprecher der sozialistischen Arbeiterpartei, Bräutigam, sagte, er wolle nicht die rechtliche Grundlage der Ruhrbesetzung erörtern; ihre Folgen seien aber sehr ernst für Holland.

Der Minister des Innern van Karnebeek gab in Beantwortung der Interpellation eine Erklärung ab, in der er sagte, man dürfe nicht übersehen, daß der Rückzug, der sich in Holland bemerkbar mache, nicht nur auf das Ruhrgebiet eingeführt Regime, sondern auch auf die Tatsache der Besetzung selbst zurückzuführen sei. Die niederländische Regierung habe sich an die in Frage kommenden Regierungen gewandt und eine günstige Antwort erhalten. Sie habe dann jeweils in Paris bzw. Brüssel die vorliegenden Schwierigkeiten mitgeteilt und darüber verhandelt lassen; das alles sei nicht ganz fruchtlos geblieben. Seines Erachtens handle Holland richtig, wenn es vorläufig für seine eigenen Interessen Sorge. Er sei vorläufig nicht in der Lage, den Gedanken eines gemeinsamen Auftretens zu erwägen.

Dresselhuys (liberal) sagte, trotz aller Zusagen der französischen Regierung würden die tatsächlichen Rechtsverletzungen fortgesetzt. Daher müsse die Regierung Genugtuung, das heißt Schadenersatz verlangen.

Colijn (antirevolutionäre Partei) erklärte, er vermisse in der Antwort des Ministers noch zu sehr den Ausdruck der Entschlossenheit über die fortwährende Rechtsverletzung auf dem Rhein. Die Regierung müsse ständig gegen diese Rechtsverletzung Einspruch erheben, deren Opfer Holland sei.

Ein französischer Geheimbericht von der Ruhr.

Die „Humanité“ veröffentlicht den Geheimbericht eines Deputierten des nationalen Blocks an Poincaré über seine Reise an die Ruhr. In diesem Dokument wird das vollkommenste Fiasko der Expedition klar und deutlich nachgewiesen. Der Deputierte, dessen Name vorläufig nicht genannt wird, erklärt, daß die Verhältnisse für Frankreich immer schlechter werden und daß ein Erfolg nur noch dann zu erreichen sei, wenn die Besatzungstruppen stark vermehrt und ein Gouverneur für das Ruhrgebiet ernannt werde. Für diesen Gouverneur wird weder General Degoutte noch Mangin, sondern Loucheur vorgeschlagen. Die „Humanité“ vertritt neue und noch merkwürdigere Enthüllungen. Der Bericht des Deputierten, den die „Humanité“ veröffentlicht, ist so lang, daß er leider nicht vollständig telegraphiert werden kann. Seine Meldungen über „Partei Degoutte“ und die „Partei Mangin“ interessieren nicht, aber die Notwendigkeit, die Truppenbestände zu vermehren, ist in den Zeitungen, die für Vermehrung eingeordnet sind, schon ausführlich behandelt worden. Der Deputierte beschwört den Ministerpräsidenten, sich durch keine Bedenken von diesen Maßnahmen abhalten zu lassen, da sonst das ganze Unternehmen in Frage gestellt sei. Er unterfucht, welche Aussicht für die Zukunft sich ergebe, wenn die „ungeheuren Schwierigkeiten“ der Stunde überwunden sind. Die öffentliche Meinung könne nicht mehr lange durch ein paar ermutigende

Fernleitner aber blieb auf der Bank vor der Hütte sitzen und starrte in den klaren Nachthimmel. Der wilde Schauer, den er im ersten Augenblick empfunden, hatte sich auszuwirken zu einer tiefen Melancholie. Ihm war es, als sei die Freude aus seinem Leben getilgt, und sein Dasein lag vor ihm wie ein ödes Land, das die Sonne verloren hatte.

Rückschauend überdachte er die ganze Zeit der letzten Jahre von dem Tage ab, da er zum ersten Male mit seiner kleinen Gemeinde über die steilen Wilderwände nach der Höhe gedungen war. Wochen tiefsten und reinsten Lebensgenusses hatte damals der erste Sommer gebracht, und erst mit der Gründung des unseligen Hotels war etwas Unschönes in das heilige Land gekommen, das er mit all den starken Wünschen seiner Sehnsucht umfrießt hatte.

Bettelarm sah er jetzt auf seinem Berg, im Herzen nichts als seinen Haß und das wilde Verlangen, sein heiliges Land zu befreien von dem Gesichts, das sich unwürdig seiner Schönheit auf seinen Matten breit gemacht hatte.

Den stolzen Gipfel des Wilden Jägers begann ein zartes Rosa zu färbeln, das sich schnell verbreitete und rasch zu einem dunklen Rot erglühete.

Groß, majestätisch und erhaben stieg die Sonne über den Bergen empor, und Fernleitner folgte dem oft beobachteten Schauspiel, als sähe er es heute zum ersten Mal.

Der friische Reschnee, der die Bergspitze bedeckte, glitzerte in der Morgensonne wie kostbares Geschmeide, und die ganze Welt lag tauschend und rein wie ein lachendes Land im Sonnenschein.

Aber die ganze Schönheit löste dieses Mal keine milde Stimmung in Fernleitner aus, sondern festigte einzig den Entschluß in ihm, das tödliche Blei durch Brodighens Herz zu jagen, und sich hart und unerbittlich gegen das Sterben so vieler Menschen auf den Tag sich freuen, an dem der erwachende Berg das ganze Hotel mit all seinen Insassen hinabschleite in den Wildsee.

Aus der polnischen Presse.

Die französisch-russische Annäherung.

Der „Kurjer Warszawski“ schreibt zu der Frage der französisch-russischen Annäherung:

„Das Dilemma „Polen oder Russland?“ kann in verständigen politischen Kreisen in Paris nicht existieren. Im Gegenteil, gerade von dort müßten und müssen Versuche gemacht werden, das natürliche Streben nach einem friedlich nachbarlichen Zusammenleben zwischen Polen und Russland zu erleichtern und zu festigen. — Die These von dem angeblichen polnisch-russischen Antagonismus, der noch durch den Rigaer Vertrag vertieft sein soll, ist heute vorwiegend ein taktisches Mittel für viele russische Emigrantenkreise, die alle Wege für eine moralische Belämpfung der Sowjets ausnützen. Die Vermittlung Frankreichs und der kleinen Entente dürfte allmählich keine geringe Rolle spielen. Sie wird jetzt durch die Tatsache der rechtlichen Anerkennung unserer Oligarchen erleichtert. Selbstverständlich wird hier niemand ausschließlich um der schönen Augen Polens willen arbeiten. Alle diese Verbündeten sind durch viele gemeinsame Bande verbunden, haben dasselbe Hauptziel vor Augen und wünschen alle in gleichem Maße sowohl eigene Sicherheit als auch die Sicherheit des ganzen Nachkriegslandes. Russland wird lange Jahre hindurch die wirtschaftliche Unterstützung fremder brauchen, Rußland an den Grenzen und Freiheit in seinen Ostexpansionen. Alles dies läßt sich mit den Lebensbedingungen und den Aufgaben Polens trefflich in Einklang bringen.“

Zeitungsnotizen beruhigt werden. Wir haben uns die Schwierigkeiten so groß nicht vorgestellt, wir haben uns getäuscht, aber nun müssen wir sehen, wie wir jetzt aus der Sache wieder herauskommen. Die Zeit marschieren mit uns. Die große Informationspresse stellt die Gefahr als geringer dar, als sie in Wahrheit ist. Alle neuen Zeitungs-meldungen zeigen, daß wir uns einem mächtig organisierten Widerstand gegenüber befinden, der noch sehr lange vorhalten kann. Als Retter aus der Not wird dann Loucheur vorgeschlagen.

Entsendung eines päpstlichen Delegierten nach dem Ruhrgebiet.

Habes berichtet aus Rom, gewisse Blätter hätten gemeldet, daß die Vertreter Englands, Belgiens und Frankreichs beim Vatikan einen Schritt unternommen hätten, um den heiligen Stuhl um seine Intervention in der Ruhrfrage zu ersuchen. Man braucht kaum zu sagen, daß dieser angebliche Schritt niemals erfolgt sei. Man verifiziere aber, daß der heilige Stuhl daran denke, einen Delegierten in vorübergehender Mission nach dem Ruhrgebiet zu entsenden. Dabei lasse sich der heilige Stuhl von Ermahnungen der Menschlichkeit und von dem Wunsche leiten, sich Informationen zu verschaffen.

Entsendung eines schwedischen Bevollmächtigten ins Ruhrgebiet.

Das schwedische Ministerium des Innern teilt mit, daß demnächst ein schwedischer Bevollmächtigter nach dem besetzten Ruhrgebiet entsandt werden soll, der mit der Wahrnehmung der schwedischen Geschäftsinteressen beauftragt wird.

Ein französischer Posten erschießt einen Vater von sechs Kindern.

Aus Duisburg wird gemeldet: Hier wurde der Kesselheizer Hermann Droste, Vater von sechs Kindern im Alter von anderthalb bis vierzehn Jahren, von einem französischen Posten erschossen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Die Folgen der Beseitigung der Polizei.

Die Bochumer Zeitungen bringen eine Liste von nicht weniger als 26 Einbrüchen, die wieder nur geschehen konnten, da die Polizei nicht mehr vorhanden ist. In vergangener Woche veröffentlichten sie allein eine Liste über 40 Einbrüche.

Kriegsgerichtliche Verurteilung eines Holländers.

Vor dem französischen Kriegsgericht in Gattingen hatte sich der holländische Staatsangehörige, Uhrmacher Dirk Bloem, zu verantworten, weil er sich unter Hinweis auf den Boykottbeschluss der deutschen Vereinigung, der er angehört, geweigert hat, an französischen Waren zu verkaufen. Der Verteidiger beantragte zunächst Verurteilung der Behandlung, da die holländische Gesandtschaft in Berlin von dem Vorfall unterrichtet sei und dieser wahrscheinlich auf diplomatischem Wege aus der Welt geschafft werde. Das Gericht lehnte den Verurteilungsantrag ab und schloß sich auch den weiteren Ausführungen des Verteidigers nicht an, der ausführt, daß die französischen Verordnungen, deren Rechtswirksamkeit die Franzosen aus dem bekannten § 18 des Versailler Vertrages herzuleiten

„Sieh Dir dieses Sonnenland an,“ sprach Fernleitner zu Böller, als dieser wieder aus der Hütte trat, „und sage mir, wie lange der Wilde Jäger noch die Schmach erdulden muß, die ihm geldgierige Menschen auf den Rücken brannten?“

„Ich glaube, der Tag für die Befreiung kommt bald!“ tröstete ihn Böller. „Es ist schon seit einiger Zeit eine geheimnisvolle Bewegung in dem Berge, ein seltsames Flüstern und Rinnen, und Veränderungen machen sich bemerkbar, die freilich nur das gute Auge sieht, die aber dafür eine um so bereichere Sprache sprechen!“

Frau Emma trat aus der Hütte, eine dampfende Kanne würzigen Morgenkaffees in den Händen, und fand ein paar Worte herzlicher Begrüßung für Fernleitner, den sie als künftigen Hausgenossen willkommen hieß.

Während der Morgen seine tauschenden Wunder über die Wälder, Gänge und Matten bildete, saßen die drei Menschen schweigend vor der Hütte und genossen beinahe andächtig seine Schönheit.

Eine Weile später kam, abgeheht und leuchtend Wildenbrunner über das Geröllfeld auf die Hütte zu und brachte Ruths verzweiflungsvollen Brief.

Die Begrüßung war kühl und frostig; denn Fernleitner und Böller konnten es dem einsigen Freunde nie verzeihen, daß er sich in Vogelreuthers Dienste begeben hatte.

Mit knappen Worten fragte der Dichter nach seinem Begehren.

Wildenbrunner überreichte ihm den Brief und sagte dazu nichts als die Worte: „Von Ruth! Und sie läßt Dich bitter es sofort zu lesen!“

Schweigend erbrach Fernleitner das Schreiben, las es und barg es in seiner Brusttasche. Dann bat er Frau Emma um Briefpapier, schrieb hastig seine Antwort, verschloß den Brief und übergab ihn Wildenbrunner. Dieser nahm rasch noch den Jambisch, den ihm Frau Emma inzwischen gastfreund-schaftlich bereitet hatte, und trat dann sofort den Rückweg an.

(Fortsetzung folgt.)

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Dunder, Berlin.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(66. Fortsetzung.) (Nachdruck unterfragt.)

Wieder herrschte einige Minuten beklommenes Schweigen; dann fragte Böller: „Kann ich Dir sonst noch irgend einen Gefallen tun?“

„Ja, einen großen sogar!“ nickte Fernleitner. „Ich wollte Dich bitten, ob Du mir noch in Deiner Hütte Gastfreundschaft gewähren willst?“

„Du willst den Winter über hier bleiben?“ forschte Böller mit aufkeimender Freude.

Fernleitner bejahte. „Ich hoffe auf das Wunder der Befreiung, das der Berg an sich selbst vollbringen wird. Und dieses Wunder muß ich miterleben!“

„Du bist uns natürlich von Herzen willkommen!“ versicherte Böller den Fremden.

Fernleitner drückte ihm die Hand. „Ich danke Dir! Denn weißt Du, in meiner Hütte drinnen könnte ich nicht bleiben. Der Ort, an dem mich tausend Erinnerungen an Ruth unablässig quälen und foltern würden, ist mir verleidet für immer.“

Böller erwiderte den Druck von Fernleitners Hand, die noch immer in der seinen ruhte. „Selbstverständlich!“ stimmte er zu. „Komm nur gleich mit herein, damit ich Dir ein Lager bereite für heute Nacht.“

Aber Fernleitner wehrte ab. „Legst Du Dich ruhig schlafen! hat er Böller. Aber mich läßt Du für diese Nacht hier draußen, denn ich könnte ja doch nicht schlafen, und es ist mir lieber, ich habe den freien Himmel über mir, als eine niedrige Zimmerdecke.“

Böller fügte sich seinen Wünschen und verschwand in der Hütte, um, wenn möglich, noch ein paar Stunden Schlaf zu gewinnen.

Die Verlobung meiner Nichte
Hildegard Gregor, Tochter des
verstorbenen Majors Herrn Richard
Gregor und seiner ebenfalls ver-
storbenen Gemahlin Elfride geb.
Wiczynski, mit dem Vikar Herrn
Johannes Walter
beehre ich mich anzuzeigen.
Felix Wiczynski,
Rittergutsbesitzer u. Hauptmann a. D.
Gnuszyn, Kreis Samter,

im März 1923.

Meine Verlobung mit
Gräulein
Hildegard Gregor
zeige ich hierdurch ganz
ergebenst an.
Johannes Walter,
Vikar.

Miloslawo, Kr. Birnbaum,

Hans Markowski
und
Frau Elisabeth
geb. Schäfer
vermählte
Poznań, 23. März 1923.

Gebrauchtes, sehr gut
erhaltenes
Fahrrad
(Freilauf)
zu kaufen gesucht. Ange-
bote mit Preis unt. 6298 an
d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Teatr Pałacowy
Plac Wolności 6.
Vom 22. bis 28. März:
Der Todeskandidat
III. und letzte Serie unseres allgemeine Bewunderung
hervorrufenden Film-Meisterwerks
Zwei Mädchen von Paris.
Beginn der Vorstellungen: 4 1/2, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr.

KINO COLOSSEUM
6w. Marcin 65.
Vom 26. März bis 1. April

Die geheimnisvolle Zwölf
Gewaltiges Detektiv- und Sensationsdrama in
6 Akten mit Bob Hill in der Hauptrolle.
Achtung! Vom 2. IV. ab **Harry Peel!**

General-Versammlung.

Auf Anordnung des Sad Powiatowy
R.H.B. 517/8 berufe ich eine außerordent-
liche Generalversammlung der HAFEZA
Tow. Akc. w Poznaniu auf Freitag, den
13. April d. J., nachmittags 2 Uhr im
Ratskeller zu Poznań, Stary Rynek.

Tagesordnung:

1. Streitigkeiten des Aufsichtsrates
mit dem Vorstände,
2. Wahlen.

Aktionäre, die ihr Stimmrecht ausüben
wollen, müssen ihre Aktien bei der Polski
Bank Handlowy Poznań, Stary Rynek
oder der Diskonto-Gesellschaft Poznań,
ul. Nowa oder bei einem Notar hinterlegen
und die Hinterlegungsscheine, ebenso evtl. Voll-
machten an den Vorsitzenden Herrn Apotheker
Dalski, Poznań, Stary Rynek, bis zum
11. April einbringen. Spätere Einbringungen
werden zurückgewiesen.

F. Bock.

ERSATZTEILE

zu landwirtschaftlichen Maschinen
Fabrikat „Mayfarth“,
zu Nähmaschinen versch. Systeme,
u. a. „Noxon“, „Walter A. Wood“
liefert ab Lager
„ZELAZOŁOM“ vorm. H. Liebes T. z.
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 1. O. p.
Tel. 31—05.

Rauchwaren-Verkauf.

Am Donnerstag, dem 5. April 1923,
werden in der Kanzlei des unterfertigten Amtes meist-
bietend gegen Bezahlung versteigert:

- 13 Stück Fuchsbälge, 6309
3 „ Baummarderbälge,
3 „ Sauchwarten,
1 „ Dachschwarte,
1 „ Rotwilddecke,
10 „ Rehdecken.

Fürstl. Thurn u. Taxis'sches Forstamt.

600 Stück Farbbänder
kop. u. nichtkop., verschiedene Breiten,
7000 Blatt Kohlepapier
schwarz und violett (42x52),
weit unt. Preis sofort abzugeben.
Willy Herold, Herzberg (Elster).

Treibriemen

Sander & Prathuhn
Hantel-Druck-Set
Poznań, ul. Św. Mielżyńskiego 23, Tel. 4019

Original Deering
Getreidemäher
(amerikanisches Fabrikat) 6267
Grasmäher 4 1/2 Fuß
Original Mc. Cormick
offeriert ab Poznań, solange Vorrat reicht.
Woldemar Günter,
Landwirtsch. Maschinen und Bedarfsartikel,
Felle und Öle,
Poznań, ul. Mielżyńskiego 6. Tel. 52-25.

Eckert Erntemaschinen
Lanz Zentrifugen



haben sich jahrzehntlang
bewährt!
Sie sind unübertroffen,
beliebt und bevorzugt in
allen Teilen der Welt!

Ich biete zur sofortigen Lieferung, so weit Vorrat reicht,
ab Lager Poznań zu
Preisen an: **ganz besonders günstigen** 6277

Original Siedersleben Drillmaschinen „Saxonia“
Original Dehne Drillmaschinen „Simplex“
3 m breit mit 25 Reihen.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28. Tel. 2480.

Ich habe abzugeben: 6278
1 Lokomobile Eppe & Buxbaum, 11,96 qm Heizfläche,
7 Atm., Baujahr 1897,
1 Lokomobile Garreth Smith, 14,67 qm Heizfläche, 7 Atm.
1 Toripresse mit Doppelschnecke,
gebraucht, aber sehr gut erhalten.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28. Tel. 2480

Blasebalg, doppelt wirkend,
Lochplatte, 550, 550, 110 mm,
Lochslanze, ca. 175 kg schwer,
3 gusseiserne Säulen, 2,50 m lang,
106 mm Durchm.
habe ich preiswert abzugeben.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28. Tel. 2480.

Stad-Motorpflug

mit Vor- und Rückwärtsgang, motorische Tiefenstellung
durchgepariert, betriebsfähig, günstig lieferbar.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28
Telephon 2480.

Schafwolle!

Tausche für 3 1/2 Pfund Schafwolle
5 Pakete prima Strickwolle.

Kaufe sämtl. Sorten Felle
zu höchsten Tagespreisen.

Fell- und Wollhandlung,
Poznań, 6w. Marcin 34, seit 20 Jahren einfluss.

Die für nächsten Freitag bestimmten

Anzeigen

bitten wir uns, da an dem Tage unsere Zeitung
nicht erscheint, schon Donnerstag, spätestens
bis Freitag einzusenden.
Posener Tageblatt.

Fischereiverpachtung.

Die zur Herrschaft Runowo gehörenden, um Drwierzano
(Dreibrort), Kreis Wirsitz gelegenen Seen, und zwar

Großer Strzemesee, ca. 695 Morgen,
Epitalsee, ca. 40 Morgen,
Röthensee, ca. 85 Morgen,
Großer Schwarze, ca. 20 Morgen,
Kleiner Schwarze, ca. 10 Morgen,
Gniłsee, ca. 9 Morgen,

sollen vom 1. April 1923 ab auf 12 Jahre neu ver-
pachtet werden. Bewerber für diese Fischereipacht wollen
ihre Angebote in Rentner Händen schriftlich bis zum 4. April
d. J. an das Rentamt in Runowo einreichen, woselbst auch
die Pachtbedingungen einzusehen sind.

Rentamt Runowo, pow. Wyrz. h.

Flüchtlinge aus Polen,

welche beabsichtigen, sich in Deutschland anzukaufen, wenden
sich sofort an

Otto Steffens, Itzehoe i. Holstein.
Telephon 600.

Habe erstklassige Landbesitze, Gastwirtschaften mit und ohne
Land, Geschäftshäuser, Villen, Wohnhäuser preiswert zu ver-
kaufen. Sämtliche Grundstücke sind sofort bezugsbar.

Baumschulenbesitz von 37 Morgen,
im Vorortverkehr mit Hamburg, 13 Morgen Weiden, 2 Pferde,
2 Kühe, Schweine, Hühner, 5 Wagen, kompl. tot. Inventar,
prima Gebäude, alles in erstklassigem Zustande.
Preis 45 000 000 Mk. 6311

Otto Steffens, Itzehoe i. Holstein.
Telephon 600.

Wirtschaft

massive Gebäude, sofort oder spätestens
1. Mai bezugsbar in einigen Morgen Land
gegen Kassa sofort zu kaufen gesucht.
Bevorzugt Gegend Lissa, Bentschen, Miel-
dzybód, oder auch andere grössere Provinz-
städte. Ausführliche Angebote an

J. Marczyński, Poznań, Plac Wolności 11.

Weizen (Hildebrand's Sommerweizen, 6327
v. Stieglers Sommerweizen)

Gerste (Hildebrand's Hanna, v. Stieglers Kaiser, Heines
Hanna, Svald's Hannchen, Svald's Ewangelia)

Hafer (v. Stieglers Duppauer, Svald's Sieges-,
v. Kochows Peltusier Selbst)

Erbse (Hildebrand's grüne Viktoria, gelbe Viktoria,
Gernheimer grüne Folger)

Futterrübensamen (Gelbe Emdendorfer)

Uspulun und Formalin (zum Weizen
von Saatgut)

Posener Saalbauengesellschaft
Poznań, Wjazdowa 3.

Zur Frühjahrssaat

biete durch die Wielkopolska Izba Rolnicza
anerkanntes Saatgut an:

Original Hildebrand's Hanna-Gerste

„ Grannenommerweizen

„ gelbe Viktoria-Erbse

„ grüne Viktoria-Erbse

Bestellungen an die Posener Saalbauengesellschaft,
Poznań, ul. Wjazdowa 3, erbeten.

C. Hildebrand-Kleszczewo
b. Kostrzyn, Bz. Poznań. 6187

Birke 10 Waggons kief. Brennholz
sind frei Wagon Neufomischel, Maly und Sieratow
sofort abzugeben. — Gest. Angebote unt. 6297 an die
Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Verlobungs- Anzeigen

sowie alle übrigen
Familien-Anzeigen



finden im

Posener Tageblatt

die beste Verbreitung

Siedlungsgüter,
76 78, 80 und 88 Morgen,
60 bis 90 Millionen,
Landwirtschaft, 56 Morg.
zu verpachten.

Landwirtschaft,
35 Morgen mit 15 Morg.
Bachland, 35 Millionen,
Wassermühle
mit 18 Morgen Weizen-
boden, 60 Millionen.
Gast. Logier-, Geschäfts-
und Zinshäuser sofort zu
verkaufen. 6300

Landwirtschaften,
13, 30, 60, 70 und 185
Morgen. 1 gutes Hotel
zu verkaufen.
Briefliche Anfragen zwecklos.
— Auskunft kostenlos. —

L. Lakomy,
Glogau,
König-Friedrichsplatz 2,
Fernruf 769.

**Teepuppen u. Lampen-
schirme jeder Art**
werden sauber u. billig ange-
fertigt Dabrowskiego 36 III 1.

Ankäufer u. Verkäufer
300-1000 Morgen
besseren Bodens,
gut bewirtschaftet, mit entspr.
Gebäuden, taufe ich sofort
gegen Kasse. Offerten unt.
6296 an die Geschäftsstelle d.
Blattes erbeten.

Wohnungen
Schöne
5 Zimmer-Wohnung
in Lazarus am Bot. Garten
gegen 4 bis 5 Zimmer
im Zentrum
part. oder l. Etg.
zu tauschen gesucht.
Off. unter 6291 an die
Geschäftsstelle d. Bl.

1-2 möblierte Zimmer
von ruhigem, anständ. Herrn
zum 1. 4. 23 zu mieten ge-
sucht. Off. u. 6313 a. d. Ge-
schäftsstelle d. Bl. erbeten.

Möbl. Zimmer
nur Oberstadt, sucht sofort
besseren Herrn aus Gdlt. Off.
m. Preisang. u. 6314 a. d.
Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.